

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 104 (2010)

Heft: 5

Artikel: "Historische Gelegenheit, den Frauen weltweit eine stärkere Stimme zu verleihen"

Autor: Suter, Esther R.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390152>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

: «Beijing+15»

Seit der ersten Weltfrauenkonferenz 1975 in Mexiko-Stadt zu «Gleichheit, Entwicklung und Frieden», an die sich die UN-Dekade der Frau anschloss, sind viele Versuche unternommen worden, um auf globaler, regionaler und nationaler Ebene Fortschritte in der Stellung der Frau zu erzielen. Das an der Konferenz 1975 entworfene Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau oder kurz Frauenrechtsübereinkommen (CEDAW) trat 1979 in Kraft, 186 Staaten haben es unterzeichnet und ratifiziert. Einige Staaten stehen noch aus. Nur unterzeichnet, jedoch nicht ratifiziert hat es die USA. Einen neuen Schwerpunkt erhielt die vierte UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing, die als die grösste UN-Konferenz gilt mit 65 000 Teilnehmenden, das parallel dazu stattfindende NGO-Forum eingeschlossen: Die Erklärung von Beijing und ein Forderungskatalog mit 12 Kapiteln, die sogenannte Aktionsplattform, wurden von den offiziellen Delegierten ausgearbeitet und verabschiedet, wobei ein nicht zu unterschätzender Einfluss von den NGOs ausgegangen ist: In letzter Minute wurde das letzte Kapitel ergänzt mit dem Einschluss von (Frauen und) «Mädchen». Die Entscheide von Beijing gelten bis heute. Trotz aller erreichten Fortschritte geht ihre Umsetzung jedoch langsam voran, und Opposition kommt auf gegen Bereiche und Entscheide, die bereits mehrmals bestätigt wurden.

Patricia Schulz, Leiterin der offiziellen Schweizer Delegation und Direktorin des Eidgenössischen Gleichstellungsbüros, nennt Beispiele der neuen Opposition: Gegen «Die Rolle der Männer in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie» sowie gegen die Care-Arbeit und das Engagement der Männer. Gewisse Delegationen lehnen die damaligen Entscheide von Beijing ab. Insbesondere den Forderungen be-

Esther R. Suter

«Historische Gelegenheit, den Frauen weltweit eine stärkere Stimme zu verleihen»

Mit diesen Worten eröffnete der Generalsekretär der UNO Ban Ki Mun die 54. Session der UN-Frauenrechtskommission (CSW) «Beijing+15» (1.–12. März 2010) in New York. Gleichzeitig präsentierte er den Vorschlag einer (neuen) UN-Gender-Einheit. «Beijing+15» bezog sich auf die Erklärung und die Aktionsplattform der 4. UN-Weltfrauen-Konferenz vor 15 Jahren in Beijing.

Neben den offiziellen Delegierten der UN-Mitgliedsländer waren zuvor gegen 8500 Delegierte von Nichtregierungsorganisationen (NGO) angereist zum «Global Forum for Women Beijing+15», um sich an zahlreichen thematischen Podien und Workshops, wie etwa zu Frauen in Führungspositionen, Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen oder Finanz- und Wirtschaftskrise aus der Genderperspektive, auszutauschen.

treffend sexuelle und reproduktive Rechte wie zum Beispiel einer Abtreibung unter sicheren Bedingungen weht eine starke Opposition entgegen. Dies gilt vor allem für Länder, welche Abtreibung strafrechtlich verfolgen.

Ecumenical Women und NGO's

Die Aufgabe und Arbeit von NGOs lässt sich am Beispiel der Ecumenical Women aufzeigen, einer temporären Vereinigung von vielen christlichen NGOs wie zum Beispiel des Weltkirchenrats (ÖRK), des Weltverbandes christlicher Studenten (Wscf), der Weltkonferenz der Religionen für den Frieden, sowie unterschiedlicher kirchlicher Denominationen aus insgesamt 40 Ländern. Sie arbeiten gezielt während der CSW-Sessions zusammen, um die Anliegen christlicher NGOs zu verstärken und sowohl bei UN-Botschaften wie bei offiziellen Delegierten und andern NGOs einzubringen. Dazu legten sie ein von dem UN-Wirtschafts- und Sozialrat (Ecosoc) genehmigtes Statement vor und präzisierten drei ihrer Hauptanliegen: a) Ende der Kultur der Straffreiheit in der Gewalt gegen Frauen; b) Frauen und die Wirtschaftskrise: ökonomische Gerechtigkeit herstellen; c) Leitungspositionen verändern in Bezug auf Gender, Macht und Entscheidungsfindung. Mit dem Slogan «Lasst Beijing auferstehen» (Resurrect Beijing) wandten sich die Ecumenical Women zusammen mit der Delegationsleiterin Christine Housel (Wscf, Genf) an ihre Botschaften. Eine grosse Unterstützung dazu bot das Liaison Büro des Ökumenischen Rates der Kirchen im Church Center bei der UNO mit seinen Mitarbeitern Pfr. Christopher Ferguson und Elizabeth Chun Hye Lee. Sie erarbeiteten mit den Ecumenical Women des ÖRK und Wscf, zu denen auch wenige junge Männer zählen, Argumente für die Interventionen an der Konferenz, die von NGOs in gewissen Momenten zugelassen sind. Tatsächlich bot sich ih-

nen dreimal Gelegenheit zu Interventionen im Plenum. Angesichts solchen Engagements und Auftretens einer jüngeren Generation von Frauen – und Männern mit einem neuen Verständnis von Maskulinität – kommt eine hoffnungsvolle Dynamik hinein, getragen von einem christlichen und religiösen Hintergrund. Die ÖRK-Delegationsleiterin und Verantwortliche der Frauenstelle in Genf, Fulata M. Moyo, betonte die Bedeutung der jungen Generation, insbesondere der Mädchen. Erfahrene Frauen sollten ihnen eine Spiritualität des Widerstands vermitteln und erklären, wie sie die Kultur der Gewalt herausgefordert haben, wie sie intervenierten, bevor Gewalt ausbrach.

Neue Gender-Einheit an der UNO und die Millenniumsziele

Mittels der GEAR-Kampagne (GEAR = Gender Gleichstellung Architektur Reform) hatte die CSW an ihrer Session 2006 die ersten Voraussetzungen zur neuen Einheit geschaffen. Frauengruppen und ähnliche Organisationen wurden aufgefordert, die Annahme der neuen Gender-Einheit voranzutreiben auf globaler, regionaler und nationaler Ebene. Der Vorschlag für die Einrichtung der neuen UN-Einheit für Geschlechter-Gleichstellung, die Gender-Entity, war an der Generalversammlung von 2009 beschlossen worden und wurde an der 54. Session als Resolution angenommen, ohne eine bestimmte Zeitlimite für den Beginn der Durchführung. Ein starkes Anliegen für eine rasche Umsetzung ist jedoch bei EU-Staaten und der Schweiz vorhanden; in der EU ist ein entsprechendes Gesetz zur Gender-Gleichheit schon geschaffen worden und hat Geltung. Die Schaffung der neuen Gender-Einheit verschmilzt die vier bestehenden Einheiten (UNIFEM; Büro für Sonderberatung in Gender-Fragen; Abteilung für den Fortschritt von Frauen; Internationales Forschungs- und Trainingsinstitut der UNO für den

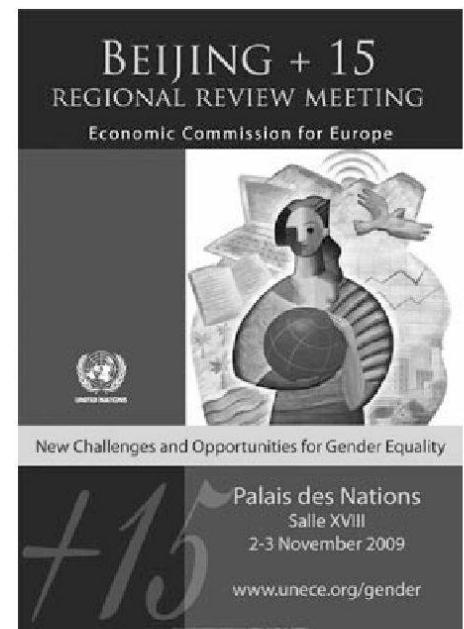
Fortschritt von Frauen) zu einer Einheit (composite gender unit) mit grösserer Kohärenz und soll deren Arbeit für Gender und Gleichstellung verstärken. Dies erlaubt, den Gender-Ansatz konsequenter an der UNO selbst und ausserhalb einzubringen und für diese Einheit, die direkt dem Generalsekretariat unterstellt wird, Finanzen bereit zu stellen. Mit dieser neuen UN-Einheit würde auch das dritte der acht UN-Millenniumsziele stärker berücksichtigt, die Gender-Gleichstellung voranzutreiben und Frauen zu stärken. Im September 2010 sollen die Millenniumsziele, die im Jahr 2000 festgelegt wurden und kaum bis 2015 zu erreichen sind, von der UNO neu evaluiert und vorangetrieben werden. Die Wirkung dieser UN-Einheit soll weit reichende Folgen haben: Es wird ein Zusammenhang gesehen zwischen dem schleppenden Vorangehen auf die Millenniumsziele bis 2015 hin und dem (zu) langsamem Umsetzen der Frauenrechte als Menschenrechte. Die Argumentation lautet, dass ohne den Einbezug des Gender-Ansatzes als ein Prinzip, das für alle der CEDAW beigetretenen Staaten gilt und auch auf allen Ebenen bei der UNO gelten soll, auch der Fortschritt bei den Millenniumszielen beeinträchtigt werde. Der Lissaboner Vertrag von 2009 ist hier einen Schritt vorausgegangen und hat die Gender-Gleichstellung als ein Grundrecht verankert.

Genitalverstümmelung

Während der Session lud die Schweizer Mission an der UNO ein zu einem Podium «Beijing+15» und die globale Migration auch im Blick auf die Genitalverstümmelung bei Frauen. Der Vorsitzende der Gleichstellungskommission des Parlaments des Europarates, José Mendes-Bota, die Spezialistin für den Schutz von Kindern bei der UNICEF, Francesca Moneti, die Frauenrechtsspezialistin Stella Jegher und andere referierten, es gelte, um weiterzukommen,

die positiven Werte für die Frauen wie Weiblichkeit und Einbezug in die Gesellschaft hervorzuheben und mit ihnen die Beschneidung als Möglichkeit, diese Werte zu erlangen, in Frage zu stellen. Anstatt anzuklagen, sei der kulturelle Kontext zu berücksichtigen, um auf breiter Ebene eine nachhaltige gesellschaftliche Veränderung zu erreichen. Gesetzliche Massnahmen seien äusserst wichtig und verschaffen eine behördliche Position. Wo jedoch die Praxis noch sehr verbreitet sei, müsse auch von Regierungsseite vorsichtig vorgegangen werden, weil nicht gleich der grösste Teil der Bevölkerung kriminalisiert und bestraft werden könne. Die UNICEF hatte 2008 ein entsprechendes Programm begonnen, das auf fünf Jahre angelegt ist. Strafgesetze allein können nicht die Lösung sein, die Menschen müssten eine veränderte Sicht erhalten und sich darüber austauschen können. Stella Jegher wies in ihrem Beitrag auf die Gratwanderung zwischen der Gefahr des Kulturrelativismus einerseits und der Instrumentalisierung des Themas durch ausländerfeindliche und rassistische Kreise andererseits hin. Wichtig sei deshalb, immer von der Erfahrung und Situation der Frauen auszugehen, die Opfer von Genitalverstümmelung auch wirklich zu unterstützen, und die vom Thema betroffenen Migrationsgemeinschaften in die Diskussion um gesetzliche und präventive Massnahmen einzubeziehen.

Die Frage stellt sich nicht nur in den Herkunftsländern, sondern ebenso in den Destinationsländern und den entsprechenden Immigrantengemeinschaften. Letztlich geht es dabei um die Kontrolle von weiblicher Sexualität. ●



+15
Palais des Nations
Salle XVIII
2-3 November 2009
www.unece.org/gender

Esther R. Suter,
Theologin und freie
Journalistin BR